



Der ländliche Raum unserer schönen Heimat blutet sprichwörtlich aus. Die Herrschenden sind unfähig und unwillens, den drohenden Untergang aufzuhalten, den sie mit ihrer verantwortungslosen und familienfeindlichen Politik erst herbeigeführt haben.

MECKLENBURG UND POMMERN SIND MEHR ALS IHRE STÄDTE

Fachkundige Ganzkörperbehandlung statt fortgesetzter Herumpfuserei: Ein Bürger aus Japenzin bei Anklam schrieb sich kürzlich den Frust von der Seele. Ihm fehlen schlicht und ergreifend nachhaltige Maßnahmen für den ländlichen Raum.

In seinem Schreiben an den Landtag ließ der Mann nicht nur Dampf ab, sondern er unterbreitete auch den einen oder anderen Vorschlag. So fordert er von der Politik, verstärkt Werbung für das Leben auf dem Lande zu machen und Zugezogene bei der Herrichtung ihrer neuerworbenen Häuser finanziell zu unterstützen.

Aus Sicht der NPD-Fraktion sind in erster Linie nachstehende Maßnahmen umzusetzen, um den ländlichen Raum wieder zu beleben:

- eine steuerlich geförderte Ansiedlungspolitik in strukturschwachen Gegenden für kleine und mittlere Unternehmen. Die Vergünstigungen gelten dann selbstverständlich auch für die bereits vor Ort befindlichen wirtschaftlichen Strukturen;

- die Aufgabe, unser Volk zu erhalten, muß in das Zentrum politischen Denkens und Handelns gerückt werden – darum gezielte Unterstützung deutscher Familien, um auf diese Weise Kinderreichtum im Lande zu fördern (NPD-Antrag auf Drucksache 6/93);

- Gewährung von Ehestandardsdarlehen in Höhe von 10.000 Euro: Ab dem zweiten geborenen Kind sinkt bei einer Laufzeit von zehn Jahren die zurückzuzahlende Summe um die Hälfte. Mit Geburt des vierten Kindes ist das Darlehen abgegolten;

- Einführung eines Landesbegrüßungsgeldes für deutsche Neugeborene in Höhe von 1.000 Euro, wobei sicherzustellen ist, daß die Einmalzahlungen nicht mit Sozialleistungen verrechnet wird (Drucksache 5/4329);

- Erhalt wohnortnaher Schulen bzw. Aufbau und Förderung kleinerer Schulen bzw. Klassen mit entsprechender Unterrichtsqualität (Drucksache 5/589); dazu Änderung des Schulgesetzes MV;

- sofortige Beendigung der sozial ungerechten Vergabepraxis der bundeseigenen Bodenverwaltungs- und –verwertungs-Gesellschaft (BVVG), die derzeit vornehmlich landwirtschaftlichen Großbetrieben und branchenfremden Investoren zugutekommt; stattdessen bevorzugte Flächenvergabe an Kleinbäuerliche Strukturen (Drucksache 6/734);

- Erarbeitung eines Straßenerhaltungs- und Sanierungsprogramms für MV unter Einbeziehung der kommunalen Landesverbände (Drucksache 6/2938); Umsetzung des Programms in erster Linie mit Hilfe von Bundesmitteln;

- aktive Unterstützung für rückkehrwillige ehemalige Landeskinder durch Auflegung eines landeseigenen Programms „Wir kommen zurück – wir packen an“ (Drucksache 5/4327);

- Einführung einer „Berufsausbildungszulage MV“, da die Ausbildungsvergütungen in den einzelnen Branchen teilweise extrem voneinander abweichen (Drucksache 6/1491);

- prämierte Umschulungen für Arbeitslose;

- flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internet durch Auflegung eines vorrangig mit staatlichen Mitteln geförderten Programms.

Den Großteil dieser Forderungen hat die volkstreu Opposition im Landtag bereits beantragt (siehe Drucksachen-Nummer). Leider wurde diese Maßnahmen kontinuierlich abgelehnt. Sie haben kein Interesse am ländlichen Raum und betreiben weiter ihre Leuchtturmpolitik. Sie haben keine Visionen mehr. Sie sind lediglich Verwalter des Untergangs!

Welcher Partei sie angehören spielt dabei überhaupt keine Rolle. Allesamt sind sie ausführende Organe der momentanen Schaltzentralen in Straßburg, Washington und Brüssel. Eben deshalb braucht dieses Land einmal mehr eine konsequent inländerfreundliche Kraft wie die NPD. Denn die NPD hält auch dann zu Deutschland, wenn keine Welt- oder Europameierschaft auf dem Programm steht.

Die Europäische Union – kurz EU: Sie ist nicht allein ein bürokratisches XXL-Gebilde und ein gigantischer Umverteilungsapparat von deutschem Steuergeld. Sobald es darum geht, unbequeme Staaten in den Würgegriff zu nehmen, tritt die EU auch als wirtschaftspolitischer Rammbock der internationalen Hochfinanz in Aktion. Das zeigte sich im Falle Libyens, des Iran oder auch Syriens. Nunmehr ist Rußland an der Reihe, dessen einziges „Verbrechen“ darin besteht, eine auf Souveränität abzielende Politik zu betreiben.

• **Vor diesem Hintergrund hat die NPD-Fraktion eine Initiative auf die Tagesordnung gesetzt. Die Landesregierung wird dabei aufgefordert, sich auf Bundesebene ohne Zeitverzug für eine Beendigung der EU-Eskalationspolitik einzusetzen.** Dabei sollen zum einen sämtliche Sanktionen der „Union“ gegen russische Staatsbürger, Institutionen und Unternehmen aufgehoben und zum anderen weitere entsprechende Zwangsmaßnahmen verhindert werden. Und nicht zuletzt stünde es Deutschland gut zu Gesicht, im Ukraine-Konflikt getreu dem Bismarckschen Prinzip die Rolle eines ehrlichen Maklers einzunehmen.

Nunmehr wurde die Provokation Rußlands vornehmlich durch „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NGO) vorangetrieben. In Kiew ist ein Putsch- und Marionetten-Regime eingesetzt worden. Der seit Jahren betriebene Kalte Krieg gegen Moskau droht jetzt in einen heißen Überzugehen.

der NPD zudem darum gehen, die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation beizubehalten und zu vertiefen.

Einen Schlüssel zum besseren Verständnis der aktuellen, aber auch der Geschehnisse der letzten zwei Jahrzehnte bietet eine Aussage des englischen Geographen Sir Harold Mackinder, der vor rund 100 Jahren erklärte: „Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland; Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Welt.“ Die griffige Formel war und ist einer der wichtigsten Antriebe der US-Geo- und Hegemonialpolitik.

- **Wenn die Herrschenden so weiter machen, dann werden diese US-hörigen Nato-Vasallen den 3. Weltkrieg vom Zaun brechen, nur damit die USA ihre im Niedergang begriffene Wirtschaft stabilisieren kann.**

Aus Sicht der Landesregierung muß es nach Auffassung



INFO-GUTSCHEIN

NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385 - 5251322

info@npd-fraktion-mv.de

0385 - 5251321

www.facebook.com/NPDFraktionMuP

www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial. Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post

WUSSTEN SIE SCHON?

Etwa drei Polizeieinsätze täglich gibt es durchschnittlich in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern. Fast 2.300 waren es insgesamt in den Jahren 2012 und 2013. Diese unglaublichen Zahlen brachte eine Kleine Anfrage des NPD-Abgeordneten David Peterreit (Drucksache 6/ 2780) an das Licht der Öffentlichkeit. Nicht selten sind gewalttätige Übergriffe, Eigentumsdelikte und Sachbeschädigungen Anlaß von Polizeieinsätzen. Auffallend ist, daß afghanische Staatsangehörige offensichtlich überproportional als Tatverdächtige ermittelt wurden.

Im Wolgaster Asylheim gab es zum Beispiel Anfang Juli drei bizarre Vorfälle an einem Tag. Zweimal mußte die Polizei anrücken, weil eine Mitarbeiterin des Kreis-Sozialamtes bei der Geldausgabe angegriffen und geschlagen wurde. Beim dritten Einsatz gab es eine Schlägerei zwischen Schwarzen.

Durch die Medien werden die Bürger über solche Ereignisse natürlich, wenn überhaupt, nur dürftig informiert. Zu groß ist Angst, daß der Unmut des Volkes gegen die verhätschelnde Asylpolitik weiter wächst. Die NPD-Fraktion hingegen, informiert Sie auch weiterhin aus erster Hand und vor allem: ohne Zensur!

DER

AUSGABE 17

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



Das Land Mecklenburg-Vorpommern (MV) erstattete den Kreisen und kreisfreien Städten im vergangenen Jahr rund 25 Millionen Euro für so genannte notwendige Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dazu zählen auch Unterkunftskosten. 2012 belief sich die Summe auf 16 Millionen Euro. Das ergaben Anfragen der NPD-Fraktion im Landtag.

Zum Kreis der Anspruchsberechtigten gehören nicht nur Asylanten, sondern ebenso ehemalige Asylbewerber, die eine Duldung erhielten sowie illegal eingereiste Ausländer. Durch die Grenzöffnung von 2007 (Schengen II), Visareicherungen für Hinz und Kunz, „Demokratisierungs“-Versuche des Westens sowie weitere „Freizügigkeits“-Regelungen haben sich die Asylanten-Zahlen haben sich im Zeitraum von 2008 bis 2014 quasi vervielfacht.

Der Bund reicht den Asyl-druck gnadenlos weiter. Wurden MV vor sechs Jahren 425 Asylbewerber zugeteilt, waren es im Zeitraum Januar bis November 2010 bereits 822 Personen. 2012 erreichte die Zahl der Erstanträge mit 1.231 ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt, um dann im Vorjahr auf 2.303 emporzuschwellen. Tendenz weiter steigend

Dabei bilden die oben genannten Zahlen letztlich nur ein Kapitel im mittlerweile armdicken Ausgabenbuch. Der Präsident des Städte-



Lesen Sie, wie sich die Bonzen in Schwerin ihre Diäten erhöhen und zünftig Feste im Landtag feiern.

Im Gespräch mit Udo Pastörs über die Landtagswahlen 2014 und die zukünftige Arbeit der NPD-Fraktion.



Die Herrschenden lassen mit ihrer sogenannten „Leuchtturmpolitik“ den ländlichen Raum ausbluten.



Die windelweiche Asylpolitik von Bund und „EU“ führt zwangsläufig zu einer starken Belastung der Kassen und damit des deutschen Steuerzahlers. Der Anteil der tatsächlich Berechtigten liegt dabei unter 5 Prozent! Die NPD-Fraktion sagt „Schluß mit Asyl-Wahnsinn und der Armutszuwanderung“ und fordert „Deutsches Geld muß für deutsche Aufgaben eingesetzt werden“!

Prozent – das teilt der Bund dem staunenden Volk immer wieder gern mit.

- Die NPD verlangt, die ungebetenen Gäste ausschließlich zentral, beispielsweise in stillgelegten Kasernenkomplexen, unterzubringen. Dort können die Asylanten auf die Entscheidungen in ihrer Angelegenheit warten.

- Bei der Versorgung sind ausschließlich Sachleistungen zu gewähren.

- Längst überfällig ist außerdem eine Rückkehr zu den altbewährten Grenzkontrollen.

- Das einklagbare Recht auf Asyl gehört in die Mottekiste verbannt. Für einmal abgelehnte Asylbewerber müssen umgehend aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet und vorallem auch durchgesetzt werden.

„HETZE GEGEN KINDERSCHÄNDER“

Beim NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit fand Mitte des Jahres während einer Landtagssitzung eine Hausdurchsuchung in seinen Büros statt. Sicher haben sie davon in der Zeitung gelesen. Was sie nicht in der Zeitung gelesen haben dürften, war der Grund für diese Durchsuchungen. Doch der Reihe nach:

Vor den Hausdurchsuchungen wurde von den etablierten Parteisoldaten während einer überraschend einberufenen Rechtsausschuß-Sitzung die Immunität Petereits aufgehoben, ohne daß diese über-

haupt wirklich wußten, worum es ging. Ein regelrechtes Blitzverfahren, um in der gleich im Anschluß stattfindenden Landtagssitzung alles möglichst spektakulär aussehen zu lassen. Die Herrschenden sind sich eben für nichts zu schade, wenn es darum geht, die NPD öffentlich zu kriminalisieren.

Der Schuß ist allerdings nach hinten losgegangen, denn was Petereit vorgeworfen wurde, war „Hetze“ gegen Pädophile, die im Volksmund auch Kinderschänder genannt werden. Die von dem Abgeordneten betriebene Fir-



DAVID PETEREIT

ma „Levensboom“ soll eine Musik-CD verbreitet haben, deren Texte sich gegen Pädophile in wenig freundlicher Weise gewandt haben sollen. Dies, so die Staatsanwaltschaft, begründe den Ver-

dacht der Volksverhetzung, da Pädophile arme psychisch Kranke seien, die der Behandlung bedürften. Der Staat stellt sich also schützend und schirmend vor Kinderschänder. Petereit wird von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, und Edathy kann nach erfolgreich absolvierter Behandlung noch Bundeskanzler werden.

Sehr passend übrigens war, daß diese Aktion während des Tagesordnungspunkts „Demokratie und Toleranz stärken“ stattfand. Toleranz für Kinderschänder. Das sollten sie sich vielleicht alle auf ihre Wahlplakate schreiben.

SELBSTBEDIENUNG KENNT KEINE GRENZEN!



Beispielsweise werden an Abgeordnete mit Sonderaufgaben, in erster Linie an Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitskreisleiter, Funktionszulagen gezahlt. Laut Ostseezeitung soll dies bei den Fraktion von SPD, CDU und Linker so gehandhabt werden.

Diese Praxis widerspricht ganz klar der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In seiner Grundsatzentscheidung vom 21. Juli 2000 hat das BVerfG klargestellt, daß außer dem Präsidenten eines Parlaments, seinen Stellvertretern sowie den Fraktionsvorsitzenden keine weiteren Abgeordneten Zulagen zu erhalten haben.

Im parlamentarischen Alltag wird der höchstrichterlichen Entscheidung allerdings recht häufig zuwidergehandelt, so auch im Landtag von M-V. Als

unbestechliche Zeugen können hier einmal mehr die Fraktionsberichte der Fraktionen herangezogen werden.

Die NPD zahlt genannte Zulagen nicht. Um ein Zeichen gegen die exzessive Ausreichung jener Extra-Diäten zu setzen, hatten die Nationalen bereits um die Jahresmitte eine Gestzes-Initiative vorgelegt, mit der sie eine Klarstellung im Abgeordneten-Gesetz MV verlangen. Nach NPD-Auffassung sind über den im Gesetz genannten Personenkreis hinaus - also Parlamentspräsident, Stellvertreter, Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer - keine weiteren Zulagen mehr für besondere Funktionen aus den Fraktionskassen zu gewähren.

Als der Gesetzentwurf in zweiter Lesung im Landtag behandelt wurde, kritisierte der NPD-Abgeordnete Michael

Andrejewski die derzeitige Abgeordneten-Diät in Höhe von 5.511 Euro und stellte die berechnete Frage: „Aus welchen Gründen könnte man damit unzufrieden sein?“ Auch machte Andrejewski auf recht anschauliche Weise deutlich, welche Wege zum Beispiel bei der Bundeswehr, Polizei oder auch in der Justiz zurückgelegt werden müssen, ehe ein Bruttogehalt von 5.500 Euro erreicht wird.

Auf die mahnenden Worte und den Gesetzentwurf der NPD-Fraktion reagierten die Abgeordneten der Blockparteien mit Aufregung und starken Verteidigungsreflexen. Man fühlte sich wohl ertappt und vorgeführt.

LANDTAG IM RAUSCH



Wenn die Mitglieder des Landtages eines wirklich gut können, dann ist es, Entscheidungen fernab der Realität zu treffen. Um dafür die erforderliche Distanz zu den Nöten unserer Landsleute zu schaffen, hat man sich im Schweriner Schloss exquisit eingerichtet.

Dauerhafte Ausschußreisen und verschwenderische Zusatzgehälter – ein sorgloses Leben auf Kosten des Steuerzahlers. Hinzu kommt das jährlich zelebrierte Sommerfest. Hier gilt es, sich parteiübergreifend von den Strapazen der Politik zu erholen.

Die einzige Ausnahme bildet wie bereits in den vergangenen Jahren die Fraktion der NPD. Warum die fünf Abgeordneten sich nicht an den dekadenten Festivitäten beteiligen, brachte Stefan Köster in einem Satz auf den Punkt: „Solange es in MV Familien aufrecht anschauliche Weise gibt, die in Armut leben, sehen wir keinen Grund zum Feiern.“



IM GESPRÄCH MIT UDO PASTÖRS
WIR SIND DIE EINZIGE UNERSCHROCKENE UND MUTIGE ALTERNATIVE

Am 31. August 2014 waren Landtagswahlen in Sachsen. Die dortige Landtagsfraktion der NPD wird es nun leider nicht mehr geben, da die Partei den Einzug mit 4,95 Prozent der Wählerstimmen knapp verfehlt hat. Was sagen Sie als Fraktionsvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Ergebnis?

In Anbetracht der Tatsache, daß der NPD in Sachsen nur 824 Stimmen fehlten, um wieder in den Landtag einzuziehen zu können, kann man hier durchaus die Frage stellen, inwieweit dort alles mit rechten Dingen zugegangen ist.

Bei den Aufforderungen aus „politischen Kreisen“, man möge einen Wiedereinzug der NPD mit allen Mitteln verhin-

dern, ist diese Frage durchaus zulässig, wie ich meine.

Unabhängig hiervon jedoch bleibt festzuhalten, daß die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen eine hochprofessionelle Arbeit zum Wohle der deutschen Bürger geleistet hat und wir dennoch leider dort den Fraktionsstatus verloren haben.

Die Umstände sind bekannt. Die Mitstreiter in Sachsen waren nicht in der Lage, besonders unsere Stammwählerschaft ausreichend zu mobilisieren, um zur Wahl zu gehen. Aber auch das Auftreten der AfD, die offensichtlich Forderungen der NPD übernommen hat, um gewählt zu werden, hat sicher auch mit zu diesem Ergebnis geführt. Schließlich sind mehr als Zehntausend NPD-Wähler zur AfD gewechselt. Wir werden alle erleben, daß die AfD den Anspruch einer fundamentalen Opposition nicht gerecht werden wird.

Sie sprachen es an, daß die Scheinalternative AfD der NPD in Sachsen etwas mehr als 10.000 Stimmen genommen hat. 2016 sind in unserem Bundesland wieder Landtagswahlen. Braucht der mecklenbur-

gische Landtag, braucht unser Bundesland die AfD?

Als Fraktionsvorsitzender der NPD frage ich Sie: Für was steht die AfD und was unterscheidet sie von der NPD? Sie steht für Zuwanderung und will diese nur beschränken. Auch in der Frage der EU-Mitgliedschaft gibt es keine konkrete Positionierung und ganz besonders in der Währungsfrage, des Euros, wird deutlich, daß die auf den Plakaten geklebten Losungen der AfD sich schon jetzt von den Aussagen ihrer führenden Leute stark unterscheiden. Ganz anders wird die Arbeit unserer Fraktion von folgenden klaren Aussagen geprägt:

1. Änderung des grundgesetzlich verbrieften Rechtes auf Asyl, weil nachweislich 98 % der Asylanten in betrügerischer Absicht dieses Recht bei uns einfordert.

2. Ausplünderung unserer Sozialkassen unverzüglich beenden – hier zeigt unsere Fraktion schon seit Jahren auf, wie alle sich in Deutschland und somit in Mecklenburg-Vorpommern rechtswidrig aufhaltenden Ausländer abgeschoben bzw. unter Wahrung der Gesetze in ihre Herkunftsländer ausreisen müssen.

3. Nur die auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend zu besetzenden Stellen, für die es keine deutschen Bewerber gibt, können mit Zeitverträgen von Ausländern nach dem „Schweizer Modell“ besetzt werden und all jene sind uns herzlich willkommen.

4. Die NPD-Fraktion spricht sich ohne Wenn und Aber für die Wiedererlangung der Währungssovereignität aus, weil durch den Euro, wie befürchtet, die soziale Enteignung des gesamten deutschen Volkes voran getrieben wird. Die Währung ist Spiegelbild der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und wir sind gegen eine Gemeinschaftswährung zum Nachteil unserer Bürger.

Leider kann ich aus Platzgründen nicht näher auf die Bereiche Außen-, Sozial-, Verteidigungspolitik und die vielen anderen Themen näher

eingehen, für die wir hier im Landtag streiten.

Was bedeutet der Verlust der sächsischen NPD-Fraktion für die Arbeit Ihrer Fraktion? Immerhin sprach man auch bundesweit von einer Achse Schwerin-Dresden und es gab ja auch zahlreiche interfraktionelle Arbeitstreffen sowie zeitgleiche politische Vorstöße in beiden Bundesländern.

Der Verlust der sächsischen NPD-Landtagsfraktion ist ein nicht zu unterschätzender Sachverhalt, da gerade auch Sachsen ein entscheidender Faktor im parlamentarischen Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit unseres Volkes darstellte. Die NPD-Fraktion in Sachsen hat für den notwendigen Druck auf die „Rechts“ gesorgt. Die NPD-Fraktionen in Mecklenburg-



Udo Pastörs bei einer Kundgebung in Sachsen

Vorpommern und Sachsen haben sehr gut zusammengearbeitet.

Für unsere Fraktion ändert sich aber nichts an der Arbeit. Wir werden auch in den nächsten zwei Jahren, bis zur nächsten Landtagswahl, hart arbeiten und unseren Landsleuten zeigen, daß die NPD die einzig unerschrockene und mutige Alternative für

Deutschland ist. Die verfehlte Asyl- und Sozialpolitik der Blockparteien erfordert einen Richtungswechsel. Unser Ziel muß es sein, 2016 noch stärker zu werden und somit das in der NPD-Parteigeschichte historisch einmalige Ziel zu erreichen, auch in einer dritten Legislaturperiode knallharte Oppositionspolitik in einem bundesdeutschen Landtag machen zu können.

ABZOCKE DURCH AUSLÄNDISCHE „DACHRINNEN-SPEZIALISTEN“



FOTO: Uwe Schlick / pixelio.de

Betrug mit Dachrinnen-Reparaturen: Im Zeitraum von Mai bis Juli dieses Jahres wurden bei der Polizei in MV insgesamt sechs entsprechende Fälle zur Anzeige gebracht. Wie aus einer Anfrage von Udo Pastörs weiter hervorgeht, konnten zumindest in drei Fällen bislang Tatverdächtige mit jeweils rumänischer Staatsangehörigkeit ermittelt werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 4.250 Euro.

Die Täter gehen dabei immer nach dem glei-

chen Schema vor: Sie klingeln bei älteren Hausbesitzern und unterbreiten ihnen ein Angebot für eine Dachrinnen-Reparatur zu einem geringen Entgelt: ein paar hundert Euro seien zu zahlen, mehr nicht. Sind die Arbeiten dann abgeschlossen, wird teilweise das Zehnfache der zuvor vereinbarten Summe verlangt. Falls der Hauseigentümer sich weigert, den verlangten Betrag zu entrichten, drohen die „reisenden Handwerkertrupps“, wie sie im Polizeijargon genannt werden, mit dem Abriß der gerade angebrachten Rinnen.

Zeitgenossen, bei denen das Mitleids-Gen besonders stark ausgeprägt ist, verweisen angesichts solcher Vorkommnisse mit Vorliebe auf das „Wohlstandsgefälle“ zwischen Deutschland und dem osteuropäischen Raum und werben deshalb noch um Verständnis für Gangster-Methoden der eben genannten Art. Doch kann es nicht unsere Aufgabe sein, weitere Milliarden nach Rumänien zu pumpen, zumal sich hierzulande die Probleme mittlerweile bis unter die Decke türmen. Erinnert sei nur an die marode Infrastruktur.

In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf die Netzseite der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer (AHK). Demnach sind in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 an Rumänien rund 31 Milliarden Euro zugunsten von Privatunternehmen und Behörden geflossen. Ein großer Teil des Geldes stammt bekanntlich vom deutschen Steuerzahler.

Die NPD fordert einmal mehr die sofortige Ausweisung von kriminell in Erscheinung getretenen Ausländern, die überdies mit einer Wiedereinreisepflicht zu belegen sind. Auch handelt es sich bei den „reisenden Handwerkertrupps“ lediglich um einen kleinen Auszug aus dem breiten Spektrum der grenzüberschreitenden Kriminalität. Die Bundesrepublik täte also gut daran, das Schengen-Abkommen zu kündigen sowie Schutz und Kontrolle der deutschen Außengrenzen wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Informieren Sie sich aus erster Hand über die NPD-Fraktion und besuchen Sie unseren Fraktionskanal auf Youtube, mit vielen interessanten Videos:

video.npd-fraktion-mv.de